

Die Schuldenkrise ist ohne eine schmerzhafteste Anpassungsphase nicht zu überwinden. Doch Europa sucht sein Heil in einer neuen Subventionsrunde.

Ohne Krisenmoral

Von Gerd Held

Niemand sollte sich täuschen: Die Wachstums- und Beschäftigungspolitik, die jetzt in Europa gefordert wird, ist nicht nur eine kurzfristige Überbrückungshilfe. Sie muss auf längere Zeit Milliardensummen anlegen und Millionen Arbeitsplätze in subventionierte Plätze verwandeln. Das, was wir von der europäischen Agrarpolitik kennen, muss auf andere Sektoren ausgedehnt werden. So wird die Sparpolitik nicht „ergänzt“, wie es vollmundig heißt, sondern sie wird zunichte gemacht. Die Defizite werden wieder größer werden, der Schuldendienst wird noch teurer. Und doch ist der Ruf nach dem großen Wachstumsplan in aller Munde. Mit jeder Rezessions-Meldung wird der Ruf lauter und greift auf die verschiedensten politischen Lager über. Europa scheint nicht in der Lage zu sein, eine Phase schmerzhafter Anpassungen zu ertragen. Lautet so das Naturgesetz, unter dessen stummen Zwang es nur eine einzige Politik des „weiter so“ gibt?

Die bisherigen Rettungspakete beruhen auf einer Art Tauschgeschäft: Die überschuldeten Länder erhielten Milliardenhilfen, wenn sie im Gegenzug Defizite abbauten. Dies Geben und Nehmen war nicht ohne Logik, aber in seiner Größenordnung war es doch eine recht abenteuerliche Konstruktion. Es setzte voraus, dass die Sanierung schnell gelang und wieder zu einem selbsttragenden Zustand führte. Obendrein führte das Krisenmanagement der Gipfel dazu, dass die Bürger Zuschauer blieben. Man gab ihnen keine Gelegenheit, die Bewältigung der Krise zu ihrer eigenen Sache machen und eine eigene Krisenmoral zu entwickeln. Diese Konstruktionsmängel machen sich nun bemerkbar. Das Schuldenproblem erweist sich als hartnäckig, die Sanierung wird länger dauern. In

dieser Situation meldet sich der vernachlässigte Souverän zurück und zeigt sich als störrischer Wähler. Die Wahlen in Frankreich sind typische Betroffenheitswahlen, bei denen immer der Protest gegen Besitzstandsverluste gewinnt. „Unerträglich“ ist das Losungswort und daran scheint Sarkozy's Mehrheit nun zu zerbrechen. Man sollte diese Wendung der Wählerschaft nicht einfach als französische Eigenart abtun. Auch weiter nördlich, in den Niederlanden, ist zum gleichen Zeitpunkt eine Regierung zerbrochen. Und nebenan, im größten deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen, will ein rot-grünes Bündnis die Wahlen gewinnen, indem es das Land als „bedürftiges“ Empfängerland im innerdeutschen Finanzausgleich positioniert. Das Problem liegt offenbar in der Anlage der europäischen Rettungspolitik. Sie argumentiert im Grunde technisch und verspricht beim Einsatz der richtigen Hebel eine baldige Erholung. Das erzeugt beim Bürger die Neigung, jeden Verlust und jedes Andauern der Krise als fremde Schuld anzusehen. So wird der Geist demokratischer Selbstverantwortung für die Bilanz des eigenen Landes geschwächt. Eine solche Rettungspolitik lässt die moralischen Ressourcen der Krisenbewältigung verkümmern.

Aber hat die europäische Politik nicht an die Moral appelliert? Hat sie nicht immer wieder zum „Mut für mehr Europa“ aufgerufen und hat nicht besonders Nicolas Sarkozy auf diesen Mut gesetzt? Gerade seine Wende zu mehr Haushaltsdisziplin schien den Ruck vorzumachen, der nun geboten sein sollte. Der dramatische Effekt sollte alle mitreißen. Die Menschen müssten zur Lösung der Probleme nur ihre „Angst“ überwinden, lautete die Botschaft - als wären die Probleme eine Art Burg, die es im

Sturmangriff zu nehmen gelte. Auch im Wahlkampf schien dieser Gestus der Kühnheit zunächst erfolgreich. Sarkozy holte in den Umfragen auf, die Gipfelpolitik schien ihre Sog-Wirkung zu zeigen.

Doch dann stagnierten die Umfragewerte, die Kampagne fuhr sich irgendwie fest. Der kritische Punkt, über den man nicht hinweg kam, kann ziemlich genau markiert werden: Man konnte nicht offen über die Verluste reden, die eine Sanierung des Landes – vor allem eine Wiedergewinnung seiner industriellen Kraft - mit sich bringen würde und die die Franzosen durchaus ahnen. Das war das Tabu einer Kampagne, die allzu schnell wieder neue Vorteile in Aussicht stellte. Es war kein zufälliges Tabu. Eine Moral, die sich nur zwischen den Polen Mut und Angst bewegt, kann keine längeren Durststrecken aushalten. Dafür braucht man eine andere Moral, die Einbußen erträgt und dem Ausharren Würde abgewinnen kann. Man braucht eine gewisse Unempfindlichkeit, ein „trotzdem“, mit dem man auch dann weitermacht, wenn man Verluste erleidet. Eine solche Moral mit Nehmerqualitäten stand aber nicht zur Verfügung. Sie wurde in der Politik – und gewiss nicht nur in der französischen Politik - weder im Wort noch im Stil gepflegt. So war eigentlich gar keine lebenswerte Stabilität auf einem niedrigeren Niveau vorstellbar. An diesem Punkt schlug der Mut in Angst um: Das Schreckbild der „Abwärtsspirale“ machte die Runde und man war eher bereit, einer Politik, die mehr Wachstum und mehr Beschäftigung versprach, Glauben zu schenken. Sar-

kozy's Mehrheit zerbrach und mit ihr die deutsch-französische Stabilitätsachse.

Der Unterschied zwischen der Tugend des Muts und der Tugend des Aushaltens, der hier im Spiel ist, ist keine Kleinigkeit. Es geht um einen moralischen Eckstein der modernen Welt. Alexis de Tocqueville zeigte im 19. Jahrhundert am Beispiel der USA, dass unter demokratischen Bedingungen, die Ehre der Menschen nicht mit dem Angriffsmut verbunden werde, sondern mit der Fähigkeit, „die Nöte der Wüste ohne Klagen zu erdulden und die Einsamkeit, die grausamer ist als alles Elend“. Auch mit der Fähigkeit, den „plötzlichen Zusammenbruch eines mühevoll erworbenen Vermögens“ auszuhalten und nicht zu resignieren. Mit anderen Worten, der Angriffsmut ist eine viel zu kurzatmige Tugend, um den Anpassungszwängen der modernen Welt gerecht zu werden. Diese Erkenntnis ist aktuell. In der gegenwärtigen Krise ist das „Mutmachen“, das schnelle Siege in Aussicht stellt, fehl am Platz. Es appelliert an eine falsche Kühnheit und hilft nicht, die längere, verlustreiche Korrekturphase auszuhalten, vor der Europa steht.

Wenn gegenwärtig in Europa die Neigung wächst, neue Schulden für ein subventioniertes Wachstum aufzunehmen, dann liegt das nicht daran, dass dies Programm glaubwürdig wäre. Vielmehr liegt es daran, dass die Alternative nicht klar ist. Die europäische Politik tut sich schwer zu erklären, warum das Aushalten schmerzhafter Verluste jetzt eine sinnvolle Tugend ist. Europa fehlt eine Krisenmoral.

(Manuskript vom 1.5.2012, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT am 3.5.2012)